Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postscheckkonto: Dresden 1539 Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 37. **Dienstag, 13. Februar 1923, abends.** **76. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Bezugspreis**, gegen Vorauszahlung, monatlich 1950.— Mark einschl. Bringerlohn. **Anzeigen** für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 110.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittelungsgebühr 30.— Mark. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Nichtfägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hühnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Stützung der Mark.

Eine Berliner Korrespondenz schreibt: In den letzten Tagen ist der Kursstand des Dollars an den deutschen Börsen erheblich ins Wanken gekommen; der Kursstand der deutschen Mark an den fremden Börsen hat sich erheblich befestigt. Das ist eine Erscheinung, die nicht von selbst entstanden sein kann. Die Mark hat ihre schlimmste Entwertung, in den ersten Tagen nach der Ruhrbesetzung, aus Gründen erlitten, die im wesentlichen politischer Natur waren, und seither ist die politische Situation jedenfalls nicht um soviel besser geworden, daß daraus plötzlich die umgekehrte Tendenz der Markbewegung sich herleiten ließe. Es müssen vielmehr starke Kräfte am Werke gewesen sein, die durch außerordentliche Einwirkung und mit einer gewissen Planmäßigkeit die bisherige Kursbewegung in ihr Gegenteil umkehrten, und in der Tat liegen jetzt Anzeichen genug für eine konsequente Interventionstätigkeit seitens irgend einer einflußreichen Stelle vor, als welche man allgemein die Reichsbank vermutet.

Interventionen zur Stützung einer Währung bestehen immer darin, daß das Angebot fremder Währungen am heimischen Markte verstärkt, das Angebot eigener Währung an den fremden Märkten vermindert wird. Das Letztere kommt in unserem Falle kaum in Betracht; die Stützungsaktion kann also hauptsächlich nur daraus bestehen, die deutschen Börsen stärker als bisher mit Auslandsdevisen zu sättigen. Woher sollten diese Devisen stammen? In den ersten Tagen waren allerhand Gerüchte im Gang über Kredite, die das Ausland gewährt habe, über Lombardierung von Goldbeständen und deraleichen mehr. Inzwischen haben sich diese Gerüchte als unzutreffend erwiesen. Dagegen steht fest, daß die Reichsbank fortgesetzt erhebliche Teile derjenigen Devisenbestände, die regelmäßig bei ihr abgeliefert werden und die teils zu normalen Einfuhrzwecken, teils zu Reparationsleistungen dienen, selbständig oder durch Mittelsleute in den Verkehr bringen ließ. An einem einzigen Nachmittag wurden durch Vermittlung des Bankhauses Mendelssohn 500 000 Pfund Sterling binnen zehn Minuten an den Markt gebracht; große Abgaben in Dollar und Gulden waren gleichfalls zu beobachten. Unter diesen Umständen ist es nur natürlich, daß das Devisenniveau eine starke Senkung erfährt, erstens schon an sich, durch das verstärkte Angebot, zweitens auch dadurch, daß in manchen Kreisen, die bisher Devisen zu hamstern pflegten, plötzlich Angst vor noch weiterer Entwertung aufkommt und daß aus dieser Angst heraus größere Quoten der bisher gehamsterten Beträge zum Verkauf angeboten werden. Dies namentlich dann, wenn, wie es jetzt geschehen ist, gleichzeitig erhebliche Kündigungen von Krediten gegen Devisenlombardierungen erfolgen.

Der Markanstieg der letzten Tage stellt sich also als Ergebnis einer bewußten Reichsbankpolitik dar, deren Erfolg bisher nicht geleugnet werden kann. Wie lange er dauern und ob er durchgreifend sein wird, hängt davon ab, welche Summen dem Zentralinstitut zur Verfügung stehen und welche Summen zur Durchführung der Interventionstätigkeit täglich benötigt werden. Es kann sich nur um sehr hohe Summen handeln. Ob die vorhanden sind, ist nicht bekannt. — — —

Eine Rede des Reichspräsidenten in Karlsruhe.

In Anwesenheit des **Reichspräsidenten Ebert**, des Reichsministers des Innern **Oeser**, des Schatzministers Dr. Albert, des badischen Staatspräsidenten **Remmele**, des württembergischen Staatspräsidenten **Hieber**, sämtlicher badischer Minister, weiter der Oberbürgermeister und Bürgermeister sowie Abordnungen des ganzen badischen Landes fand in Karlsruhe eine eindrucksvolle Kundgebung statt, die sich zu einem machtvollen Treuegelöbnis Badens für das Reich gestaltete. Staatspräsident **Remmele** eröffnete die Versammlung und dankte dem Reichspräsidenten und den Reichsministern dafür, daß sie gekommen seien, um sich an Ort und Stelle über die neugeschaffene Lage im badischen Lande zu unterrichten. Er gab die Erklärung ab, daß die badische Regierung und das badische Volk in allen Stürmen, die noch kommen würden, treu zum Reiche ständen. In eindrucksvoller Rede erhob darauf Reichspräsident **Ebert** wieder lauten Protest gegen die völkerrechtswidrige Besetzung badischer Gemeinden durch französische Truppen in tiefster Friedenszeit. Was Frankreich und Belgien jetzt unternommen hätten, sei beispiellose Gewalttat, die den Friedensvertrag offen verletzt, die Rechte des Volkes mit Füßen trete. Mit allen Mitteln militärischer Gewalt werde Krieg geführt gegen wehrlose Männer, Frauen und Kinder, um einige tausend Tonnen Kohlen mehr zu bekommen. Gegen die Bergarbeiter an der Ruhr habe man ein kriegsmäßig ausgerüstetes Heer in Bewegung gesetzt. Wegen zweier Luxuszüge, die aus Gründen der Kohlenersparnis ausfallen mußten, werde das schöne und fruchtbare Land am Hange des Schwarzwaldes unter französische Bajonette gebracht. Wo bleibt da Recht und Freiheit? Wo bleiben da Menschen- und Völkerrechte, von denen jenseits des Rheines während und nach dem Kriege so viel die Rede gewesen ist? Voller Empörung protestieren wir gegen das, was an der Ruhr geschehen ist, und was in den jüngsten Tagen über das badische Land hereingebrochen ist. Wir legen Verwahrung ein gegen die Bluttaten und körperliche und geistige Bedrückung und Bedrohung einer friedlichen, arbeitsamen und hart duldenden Bevölkerung. Wir rufen die Welt zum Zeugen dafür an, was tagtäglich an Handlungen der Brutalität, an Akten unmenschlicher Willkür in den besetzten Gebieten geschieht. Uns Deutschen aber, die wir alle Söhne einer Muttererde und eines Vaterlandes sind, ist es heilige Pflicht, zusammenzustehen mit unseren unterdrückten Brüdern und Schwestern. Die Zeiten, wo man Norden und Süden von Deutschland trennen konnte, sind vorbei. Unerschütterlich ist allen Deutschen das Bewußtsein, Söhne eines Volkes und Glieder eines Reiches zu sein. Die Worte des Reichspräsidenten lösten in der Versammlung einen starken, langanhaltenden Beifall aus.

Namens der württembergischen Regierung sprach darauf Staatspräsident **Hieber** dem badischen Volke die herzlichste, nachbarliche Anteilnahme des württembergischen Volkes aus. Die württembergische Regierung stehe auf dem Boden, den der Reichspräsident und der badische Staatspräsident dargelegt hätten. Württembergs Zugehörigkeit zum Reiche sei unerschütterlich. Im weiteren Verlaufe der Versammlung, in der mehrere Vertreter der badischen Bevölkerung ihr Treugelöbnis abgaben, sprach noch Reichsminister **Oeser**, der dazu aufforderte, weiter auf der bisherigen Linie des passiven Widerstandes zu gehen. In seinem Schlußworte dankte Präsident **Remmele** für die vielfachen Versicherungen der Treue. Die Versammlung stimmte spontan das Deutschland-Lied an.

*

In einer **Ansprache**, mit der der **Reichspräsident** Sonntag abend der Karlsruher Bevölkerung für ihre lebhaften Huldigungen dankte, erklärte er u. a.: Wir müssen gegen einen mit allen militärischen Machtmitteln ausgerüsteten Gegner den Kampf führen als wehrloses Volk einzig mit den Waffen des Rechts, des Geistes und der Arbeit. Nur unter Einigkeit und Mitarbeit aller können wir unser Ziel erreichen, das da heißt: Freiheit und Zukunft unseres Volkes.

Der **Oberbürgermeister von Offenburg** erklärte in seinen Ausführungen im Anschluß auf die Rede des Reichspräsidenten, die Lokalbehörden des neubesetzten badischen Gebiets hätten von den Franzosen den Befehl erhalten, von einem etwa beabsichtigten Besuch des Reichspräsidenten und des badischen Staatspräsidenten sofort der **französischen Behörde Mitteilung** zu machen. Für den Fall, daß der Reichspräsident das neubesetzte Gebiet betrete, sollten die Besatzungsbehörden sofort davon in Kenntnis gesetzt werden. Der Oberbürgermeister hat dies Ansinnen abgelehnt.

Die Lage im Ruhrgebiet.

Aus Gelsenkirchen wird gemeldet: Montag früh 7½ Uhr kam aus der Richtung Recklinghausen durch die hiesige Hochstraße ein deutsches Auto, das von einem deutschen Chauffeur geführt wurde und in dem **zwei französische Gendarmerieoffiziere** saßen. Da das Auto keine beleuchtete Schlußnummer hatte (es war noch sehr dunkel), hielt ein in der Hochstraße postierter Polizeibeamter das Auto an. Die Offiziere sprangen aus dem Wagen, riefen dem Schutzpolizisten: „Hände hoch!" zu und entwaffneten ihn trotz seines Widerspruches. Mittlerweile war von privater Seite die etwa 50 Schritt von dieser Stelle entfernte Polizeiwache alarmiert worden, welche darauf eine Anzahl Beamte entsandte. Plötzlich erhob der eine französische Offizier seine Pistole und **schoß dem vor ihm stehenden Oberwachtmeister Hutmacher zweimal in den Hals.** Der erste Schuß war ein Durchschuß, der zweite ein Steckschuß. Die beiden Franzosen und auch der Chauffeur liefen sodann davon und erhielten von den anderen Polizeibeamten **Schüsse**, von denen einer **einem Franzosen in den Leib** und ein anderer dem **zweiten Franzosen in die Schulter** drang. Die beiden Franzosen wurden in das katholische Krankenhaus gebracht, während der Polizeibeamte in dem Evangelischen Krankenhaus untergebracht wurde, wo man ihn einer Operation unterzog. Mit seinem Aufkommen ist nicht zu rechnen. Dieser Zwischenfall hat in der Stadt große Aufregung hervorgerufen.

Im Laufe des Sonntag abend kam es in der Kettwigerstraße in **Essen** vor einem Lokal zu **Ansammlungen.** Französische Truppen säuberten die Straße. Bei dieser Gelegenheit wurden französischerseits zwei **scharfe Schüsse** abgegeben. Verletzt wurde anscheinend niemand.

Die **Verkehrslage** hat sich gegen Sonnabend wesentlich gebessert. Die Kontrolle an den Grenzbahnhöfen ist nach wie vor sehr streng. Kohlenwagen und Wagen mit Nebenprodukten werden nach wie vor beschlagnahmt. Die angedrohte Beschlagnahme der **metallurgischen Fabrikate** ist bisher noch nicht erfolgt. Die Lebensmittelzufuhr ist als befriedigend zu bezeichnen. Der Divisionsgeneral Fournier fordert vom Oberbürgermeister der Stadt **Essen** in einem Divisionsbefehl bis zum 12. Februar **72 Personenautos.** Im Falle der Nichtausführung des Befehls würden Maßnahmen getroffen werden, um private Kraftwagen zu beschlagnahmen. Der Oberbürgermeister hat geantwortet: Bevor noch die Frist abgelaufen ist, sind bereits zahlreiche Automobile auf der Straße beschlagnahmt worden. Ich erhebe gegen diese **Verletzung des Privateigentums feierlich Protest** und fordere die Rückgabe. Die Requisition selbst zu erfüllen lehne ich ab. Das Privateigentum ist durch die Bestimmungen der Haager Konvention geschützt und dieser Eingriff selbst im Kriege als Maßnahme der Kriegführenden verboten.

Belgische Soldaten versuchten, auf einigen Zechen in **Essen** Kohlen zu verladen. Die Arbeiter, die sich weigerten, zu helfen, wurden körperlich **mißhandelt** und **vertrieben.** Auf einer Zeche hatte die Belegschaft den Betrieb sofort **stillgelegt**, und die Belgier mußten wieder abziehen. Der Bahnhof **Lünen** ist wegen neuerlicher Eingriffe der Franzosen **stillgelegt** worden. Wie über die **Güter-Blockade** mitgeteilt wird, sind auf dem Bahnhof Alperbeck 19 Waggons Kruppsche Halbzeugfabrikate **festgehalten** worden.

Die französischen und belgischen Mitglieder der Rheinlandkommission haben gestern ein Ausfuhrverbot für Farbstoffe, Düngemittel und Samen aller Art erlassen. Dies Ausfuhrverbot soll ebenso wie die Ausfuhrverbote für Kohle, Koks, Eisen, Stahl und Erzeugnisse daraus im ganzen alt- und neubesetzten Gebiet angewendet werden; jedoch soll die Ausfuhr nach Einholung von Ausfuhrbewilligungen und gegen Entrichtung einer Ausfuhrabgabe von 10 Prozent des Wertes der ausgeführten Waren gestattet werden.

Wegen der in **Witten** in letzter Zeit vorgenommenen Verhaftungen ist gestern die **gesamte Bürgerschaft** in einen 24stündigen **Proteststreik** getreten. Alle Betriebe wurden stillgelegt; die Geschäfte einschließlich der Gastwirtschaften und Kinos hatten geschlossen.

Gestern wurde zum ersten Mal der Boykottbeschluß der Hotelbesitzer und Händler in Essen gegen die Besatzungstruppen durchgeführt. Französische Offiziere **drangen darauf in das größte Essener Hotel, den Handelshof, ein und trieben die dort ihr Mittagsmahl verzehrenden deutschen Gäste und das Personal, das die Bedienung der Franzosen verweigert hatte, mit Revolvern und Reitpeitschen auf die Straße. Dort mißhandelten französische Truppen die Deutschen mit Gewehrkolben und Fußtritten.**

Nach zuverlässigen Nachrichten beabsichtigten die Franzosen und Belgier heute früh 7 Uhr die **Rheinhäfen Wesel und Emmerich zu besetzen.**

Wie amtlich mitgeteilt wird, werden seit Montag früh die nach Frankfurt a. M. führenden Straßen aus dem besetzten Gebiet durch **französische Posten bewacht.** Schlagbäume sind teils errichtet, teils im Bau. Fahrzeuge werden kontrolliert und in das besetzte Gebiet hinein-, aber nicht mehr herausgelassen.

Die Montag vormittag vor dem **Aachener belgischen Divisionsgericht** gegen den Oberbürgermeister **Jarres** in Duisburg, der nach seiner Ausweisung durch die Besatzungsbehörde wieder nach Duisburg zurückgekehrt war, wegen Bannbruchs geführten Verhandlungen hatten insofern eine besondere Bedeutung, als die Frage der Ausweisung zum ersten Mal ausführlich vom Rechtsstandpunkt aus beleuchtet wurde. Verteidiger Dr. Grimm, der die Zuständigkeit des Gerichts bestritt, stellte fest, daß grundsätzlich der Belagerungszustand im Frieden nur von der Macht verhängt werden kann, die die Souveränität über das fragliche Gebiet hat. Der Angeklagte hob hervor, daß er für die prinzipielle Frage der Ausweisungen die Entscheidung des Gerichts habe herbeiführen wollen. Er stehe nach reiflicher Prüfung auf dem Standpunkt, daß der General das Recht der Ausweisungen nicht habe. Der Verteidiger Dr. Grimm wies in längerer Rede nach, daß die Anklage aus Gründen des Völkerrechts völlig unhaltbar ist. Der Anklagevertreter beantragte zwei Monate Gefängnis. Das Gericht, das zu den Verhandlungen keine Zeugen zugezogen hatte, beschloß nach kurzer Beratung, das Urteil erst am Sonnabend zu verkünden.

Am Sonnabend fand in **Essen** eine **kriegsgerichtliche Verhandlung** gegen vier Beamte der **Mülheimer Schutzpolizei** wegen Grußverweigerung statt. Die Beamten wurden zu einer Woche **Gefängnis** und 100000 Mark **Geldstrafe** verurteilt. 80000 Mark müssen innerhalb 48 Stunden bezahlt werden, widrigenfalls vier Wochen Gefängnis hinzukommen. Montag nachmittag fand die Verhandlung gegen die übrigen Verhafteten statt.

Der Schlächter **Hubert Herz** in Mülheim hatte sich durch sein Verhalten gegenüber den französischen Truppen verschiedentlich Unannehmlichkeiten zugezogen. Darauf hat der Divisionskommandeur in Bredeney an den Oberbürgermeister in Mülheim ein Schreiben gerichtet, das mit den Worten schließt: Ich teile Ihnen hierdurch mit, daß ich jede Maßregel gegen diese Person verbiete und Sie persönlich für jeden Schaden haftbar mache, der ihr verursacht wird.

Die Abschließung des Ruhrgebiets

vom übrigen Deutschland auch für **Fertigwaren** wird von der gesamten Presse mit wenigen Ausnahmen als Sanktion von ungeheurer Bedeutung bezeichnet. Den Standpunkt der französischen Arbeiter vertritt **„Populaire"**. Er schreibt: Will man jetzt auch die Metallarbeiter zum Feiern zwingen, wenn man die Fabrikate ebensowenig herausschaffen kann, wie Kohle? Selbst wenn es gelänge, sie aus dem Ruhrgebiet herauszubringen, welcher Markt sollte diese Fabrikate aufnehmen? Diese plötzliche Ueberschwemmung mit Metallprodukten würde notwendigerweise ein gefährliches Sinken der Preise und die Proteste sämtlicher konkurrierenden Industrien zur Folge haben.

Das Organ Jouhaux', das Gewerkschaftsblatt **„Le Peuple"**, führt aus: Vor einem Monat wurde das Abenteuer im Ruhrgebiet eingeleitet. Seine ersichtlichen Resultate sind gleich null. Frankreich und Belgien bemühen sich nach besten Kräften, ihren Schuldner zu ruinieren. Man sieht nicht, daß sie wissen, was sie wollen.

Auf die große Schädigung, die den meisten Ländern der Welt, die mit Deutschland Handel treiben, durch die neueste Sperrmaßnahme droht, weist unbewußt der nationalistische **„Eclair"** hin. Er schreibt, es handle sich um Farbenprodukte, Düngemittel, sowie um Metalle, landwirtschaftliche Maschinen, alles Produkte, die zum größten Teil in Schweden, in Norwegen, in Holland, in Amerika und England in beträchtlichen Mengen abgesetzt worden seien. Die Maßnahme, die ergriffen worden sei, müsse diesen Export zwar beeinträchtigen, aber Frankreich werde die Zölle einkassieren und könne sich auch zweifellos an dem Ort des Absatzes wenigstens einen Teil des Verkaufswertes kreditieren lassen.

Deutschland lehnt Vorschriften über das Verhalten seiner Minister ab.

Der deutsche Geschäftsträger in Paris ist beauftragt worden, der französischen Regierung folgende **Note** zu überreichen:

Die Deutsche Botschaft beehrt sich, dem Außenministerium auf die Verbalnote vom 10. dss. Mts. betreffend Reisen